Rede zum Kreishaushalt Rhein-Neckar-Kreis 2024
Ralf Frühwirt – Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen in diesem Jahr bei der Aufstellung des Kreishaushaltes vor einem Phänomen, das wir im Kreis schon lange nicht mehr hatten, und das für neuere Mitglieder dieses Gremiums gänzlich unbekannt ist. Nämlich, dass er eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage braucht, wenn er nicht unter die Mindestliquidität rutschen will, oder seine maximal erlaubte Kreditaufnahme überschreiten will.

Im Rückblick lassen sich die Verhandlungen um den Hebesatz der letzten Jahre eher als eingespieltes Ritual beschreiben. Die Verwaltung macht einen Vorschlag, der gut begründet ist, ihr aber noch Spielraum lässt. Die Fraktionen kommen mit Änderungsvorschlägen nach unten. Die Verwaltung zuckt ein wenig und macht dann einen Kompromissvorschlag, auf den man sich weitgehend einigt. Grob betrachtet lief es dieses Mal genauso ab, aber die Rahmenbedingungen und der Ausblick haben eine andere Qualität. In den letzten Jahren konnte sich die Verwaltung dank vorsichtiger Planung stets darauf verlassen, dass ihr auch das Kompromissergebnis für ihre Vorhaben reichen würde, und die Kommunen, dass sie nicht mitten im Haushaltsjahr mit Nachforderungen des Kreises konfrontiert sein werden.

Das ist mit diesem Haushalt anders. Jedem hier ist klar, dass manche Annahmen, die zur Konsolidierung des Haushaltes getroffen wurden auf ziemlich dünnen Eis stehen. Ich nenne hier nur die Erhöhung des Ansatzes für die Grunderwerbssteuer um zwei Millionen. Wir haben als Kreis keinen Einfluss auf diese Steuer. Sie ist Konjunktur getrieben. Wenn die Baukonjunktur gut ist, werden viele Grundstücke verkauft, damit steigen die Steuereinnahmen. Damit war diese Steuer in den vergangenen Jahren eine Cashcow für uns. Mit der hohen Inflation und den steigenden Zinsen ist der Bauboom in diesem Jahr in sich zusammen gefallen und damit auch die Grunderwerbssteuer. Diese sank in diesem Jahr um 15.5 Mio. € auf 29 Mio. Ein drastischer Rückgang um über ein Drittel. Der 2024er Ansatz ging ursprünglich von einer Steigerung in 2024 auf 38 Mio. € aus. Wir gehen aufgrund der derzeit fallenden Inflation auch davon aus, dass die Zinsen wohl nicht weiter ansteigen, und daher im nächsten Jahr wieder mehr gebaut wird. Aber

wir sehen die Erholungsphase im Baugewerbe sehr viel langsamer und weniger dynamisch. Daher ist schon diese Zahl ziemlich utopisch. Und darauf wurden dann noch einmal zwei Mio. € drauf gepackt, um die Konsolidierung des Haushaltes zu erreichen. Wir gehen heute davon aus, dass es dazu nicht kommen wird.

Ein weiterer großer Posten, auf den wir kaum Einfluss haben sind die Haushaltsansätze in den Bereichen Jugend und Soziales. Auch hier steht eine pauschale Reduzierung des Nettotransfers im Haushaltsentwurf. Bei unseren eigenen Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung, auf die ich im Laufe des Tages noch zurück kommen werde, haben wir den Bereich Soziales ausdrücklich ausgenommen. Nun haben wir in den Vorberatungen schon mehrfach gehört, dass die bedürftigen Menschen auf die Leistungen einen Rechtsanspruch haben, der auch nach wie vor erfüllt wird. Das glauben wir der Kreisverwaltung, genauso wie wir auch glauben, dass sie im Vorfeld keine Luftnummern in den Sozial- und Jugendhilfeplan eingebucht hat. Die einzige Hoffnung dafür, dass diese Zahlen am Ende des Jahres passen, sind also weniger bedürftige Menschen, die weniger Leistungen nachfragen.

Wie schon gesagt, wir glauben nicht, dass die ursprünglichen Mittelanmeldungen überhöht waren, von daher haben wir Zweifel an dieser Einsparungsmöglichkeit. Für uns ist aber noch ein ganz anderer Aspekt wichtig, unsere Mitarbeiter*innen. Der Bereich Soziales und Jugendhilfe ist der Teil im Landratsamt, der die größte Zahl an Überlastungsanzeigen hat. Solche Überlastungsanzeigen dienen auch dazu, den Arbeitgeber auf Gefahren hinzuweisen und zum ergreifen von Gegenmaßnahmen anzuregen. Wenn wir unsere Mitarbeiter*innen jetzt einem unrealistischen Spardiktat aussetzen, dann wird sie das noch mehr belasten. Es wäre naiv anzunehmen, dass sie den Spardruck, den wir aufbauen einfach ignorieren. Niemand geht gerne zu seinem Chef und sagt ihm, dass das Geld nicht gereicht hat, und dass er noch ein paar Millionen drauf legen soll. Wir setzen unsere Mitarbeiter*innen also zusätzlichem Stress aus, der nicht nötig wäre, wenn wir realistische Zahlen annehmen würden.

Die Linken haben nun einen Antrag gestellt, diese pauschalen Ergebnisverbesserungen in Höhe von 3,3 Mio. € zurück zu nehmen, der mit unserem Antrag im Sozialbereich nicht zu kürzen grundsätzlich übereinstimmt. Wir werden diesem Antrag zustimmen, auch dem Finanzierungsvorschlag, die Kreisumlage um den entsprechenden Betrag zu erhöhen. Sollte dieser

Antrag ein Mehrheit finden, dann werden wir bei anderen fragwürdigen Einsparmöglichkeiten alle Augen zudrücken und dem Haushalt zustimmen.

Die Frage ist nun, ob die Lage des Haushaltes 2024 das neue Normal ist, oder nur ein Ausrutscher nach unten. Für 2024 kommen sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite negative Entwicklungen zusammen. Der oben schon erwähnte Sinkflug der Grunderwerbssteuer, und die Tatsache, dass aufgrund der Schwäche eines Unternehmens die Kreisumlage zweier Kommunen so deutlich zurück gegangen ist, dass dies ca. 10% der 2023 Umlage entspricht. Die Meldungen besagen, dass diese Schwächephase wieder behoben ist, und dass hier die Steuer bald wieder sprudelt. Trotzdem sollte uns das eine Warnung sein, sich nicht dauerhaft vom Erfolg eines Unternehmens abhängig zu machen.

Auf der Ausgabenseite sticht vor allem der im Vorfeld vieldiskutierte Defizitausgleich für den GRN hervor. Dieser ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen und auf Dauer in dieser Höhe nicht zu halten. Dennoch ist für uns klar, dass wir die flächendeckende Gesundheitsversorgung der Kreisbevölkerung nicht in Frage stellen und hinter unseren Krankenhausstandorten stehen. Dennoch ist eine Krankenhausreform dringend nötig. Wir haben das teuerste Gesundheitswesen der EU aber nicht die beste Gesundheitsversorgung. Den Mut, dieses Missverhältnis zu beseitigen haben die Vorgängerregierungen leider nicht gehabt. Daher begrüßen wir die gegenwärtigen Reformbemühungen, und hoffen auf eine baldige Einigung zwischen Bund und den Ländern für unsere Planungssicherheit. Wir fordern von der Bundesregierung allerdings ein Vorschaltgesetz zur Finanzierung der Krankenhäuser, bis die Reform greift.

Und natürlich müssen wir auch selbst unsere Hausaufgaben machen. Es ist bereits eine GRN Task Force eingerichtet, die Wege sucht, unser Defizit zu reduzieren. Dabei spielt die Personalgewinnung und entsprechend der Abbau vom Leasingkräften genauso eine Rolle, wie mittelfristig die Verzahnung von ambulanter und stationärer Betreuung.

Man kann die aktuellen Schwierigkeiten des Haushaltes durchaus in den Griff bekommen. Aber dennoch müssen wir uns fragen, mit welchem Verständnis wir künftig unsere Einnahmen, Ausgaben und Investitionen planen. Wir haben gerade ganz erhebliche Baumaßnahmen gestartet, ich nenne nur Krankenhaus in Sinsheim und die Polizeidirektion, die wir angesichts der heutigen

Zahlen des Haushaltes aktuell wohl mit etwas mehr Rücksicht auf die Kosten planen würden. Vielleicht müssen wir der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass unbegrenztes Wachstum in einem abgeschlossenen System nicht möglich ist endlich mehr Beachtung geben. Denn sowohl der Kreis, als auch die Kommunen gehen bisher davon aus, dass jedes Jahr mehr an Finanzen zur Verfügung stehen würde.

Anders kann man sich auch den Aufschrei der Bürgermeister über die Erhöhung der Kreisumlage nur schwer erklären, denn schon in der mittelfristigen Finanzplanung des letzten Haushalts standen die 30,25% die der Landrat gefordert hat drin. Man hätte sich auf eine Steigerung einstellen können. Statt dessen ging man davon aus, dass es nicht so schlimm kommen würde und war nicht darauf vorbereitet. Vielleicht plant man jetzt die 30,5%, die heute in der Finanzplanung stehen wenigstens teilweise in die kommunalen Haushalte mit ein, denn die Rücklagen des Kreises sind mit dem negativen Ergebnis aus 2023 und der Planung für 2024 zum großen Teil aufgebraucht.

Zum Schluss meiner Ausführungen will ich noch kurz auf einige unserer Vorschläge zur Konsolidierung des Haushaltes eingehen. Wir haben unter anderem verschiedene Anschaffungen in Frage gestellt. Eine Mikrophonanlage, eine Kaffeemaschine, Kunst, oder die Neuausstattung von Gebäuden mit Mobiliar. Außer bei der Kaffeemaschine immerhin 22 000.- € und ein wenig bei der Kunst hatten wir damit wenig Erfolg. Gerade was die Neubeschaffung von Mobiliar betrifft, die doch eine hohe sechsstellige Summe ausmacht, fragen wir uns aber ob wirklich alle Möglichkeiten genutzt werden, um altes Mobiliar wider zu verwenden. Das wäre nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch ökologisch. Sieht halt nicht so gut aus. Wir werden uns das Ergebnis sicher bei der Einweihung der Erweiterung des Landratsamtes anschauen.

Darüber hinaus haben wir bei der Beschaffung von PV Anlagen und für Ladestationen für Kreiseigene Gebäude angeregt, dass man prüfen sollte, ob man diese an Dritte vergeben kann. Wir dachten dabei an eine Kooperation mit der AVR Gesellschaft Umwelt Service, die mit dem Solarpark Lobach und mit den Energiedienstleistungen Fachkompetenz hat, oder an Bürgerenergiegenossenschaften. Die Idee dahinter war, dass wir Kürzungen bei den Ansätzen bei diesen wichtigen Projekten verhindern wollten, und lieber auf einen Teil der Erträge verzichtet hätten, als diese weiter in die Zukunft zu verschieben. Aber ganz offensichtlich ist die Erkenntnis,

dass sich mit erneuerbaren Energien Geld verdienen lässt, bzw. sich Kosten einsparen lassen mittlerweile bei allen angekommen. Die Mittel wurden also nicht angetastet und die Maßnahmen sollen in 2024 umgesetzt werden. Das werden wir dann Ende nächsten Jahres sehr erfreut zur Kenntnis nehmen. Dennoch halten wir die Kooperation mit Bürgerenergiegenossenschaften mit Blick auf die Klimaneutralität des Kreises für dringend geboten. Auf der einen Seite sind Bürger*innen, die Geld und Engagement für die Energiewende bereit stellen, auf der anderen Seite gibt es den Kreis, der oft genug ein Schattendasein in der öffentlichen Wahrnehmung führt und sich hier an einer der zentralen Stellen der Zukunftsgestaltung mit seinen Bürger*innen zusammen tun kann.

Wie bereits vorhin angedeutet, können wir dem Kreishaushalt zustimmen, wenn die Kürzungen im sozialen Bereich rückgängig gemacht werden, also dem Antrag der Linken zugestimmt wird. Ansonsten beantragen wir getrennte Abstimmungen der Beschlussvorschläge 12a und 12 b und c, da wir den Haushalten der Ullner'schen Stiftung und dem Eigenbetrieb zustimmen können.

Wir danken den Kolleginnen und Kollegen für die gute Diskussion in den Ausschüssen, der Verwaltung für die Bereitstellung der Unterlagen und die kompetente und schnelle Beantwortung unserer Fragen.